

AUFZEICHNUNG.

Durch die Entwicklung der Kriegslage sind die in der Moldau ansässigen Ungarn, deren Zahl 100.000 beträgt, in unmittelbare Frontnähe gekommen. Insbesondere bedrohlich erscheint die Lage der 32.000 Ungarn im Romaner Bezirk, sowie die der 47.000 Ungarn im Komitate Bakau.

Da die erwähnten Ungarn in ständiger Berührung mit den Bewohnern des Széklerlandes stehen, hat sich die Nachricht von ihrer Bedrohtheit in ganz Ungarn verbreitet. Die öffentliche Meinung des Landes ist weiterhin davon unterrichtet, daß die ungarische Regierung den Durchzug großer Flüchtlingsmassen und unter ihnen den einer nicht unbedeutenden Zahl von Rumänen in großzügiger Weise unterstützt hat, und erwartet daher, daß auch für die gefährdeten Ungarn in der Moldau gesorgt werde.

Die Schwierigkeit der Frage liegt darin, daß nach Auffassung der rumänischen Regierung ein Grossteil der moldauer Ungarn/Csángó/ als Rumänen zu betrachten sind, ein Umstand, der das Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen der ungarischen und der rumänischen Regierung äußerst erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Dessen ungeachtet bleibt die Notwendigkeit bestehen, für die Ungarn in der Moldau zu sorgen, da sie sonst schon im Falle geringfügiger Frontveränderungen den Bolschewisten zum Opfer fallen könnten.

Es muß hierbei bemerkt werden, daß Rumänien seine eigenen Flüchtlinge, deren Zahl die Million erreicht, kaum mehr in der Lage ist aufzunehmen und unterzubringen. In Ungarn hingegen besteht die Notwendigkeit, auf dem den Juden enteigneten Grundbesitz Bauern anzusiedeln, wodurch nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die militärische Kraft des Landes gesteigert würde, denn die Moldauer Ungarn könnten in die gegen den Bolschewismus kämpfenden ungarischen Formationen eingereiht werden.

Wie bereits erwähnt wurde, hat die ungarische Regierung den Durchzug zahlreicher Flüchtlinge durch ungarisches Gebiet ermöglicht und damit nicht in letzter Reihe der rumänischen Regierung einen Dienst erwiesen. Sie würde es daher als wünschenswert erachten, wenn deutscherseits in entsprechender Weise bei der rumänischen Regierung darauf hingewirkt würde, daß eine Heimkehr der Moldauer Ungarn ermöglicht werden könnte.

Anlässlich des Besuches des Kgl. Ung. Ministerpräsidenten im Führerhauptquartier wurden die zuständigen deutschen Stellen davon unterrichtet, daß man sich ungarischerseits eine Lösung der Frage in der Weise vorstelle, daß, falls auf rumänischem Gebiete sich noch Flüchtlinge aus der Ukraine oder aus dem Kaukasus aufhalten würden, die Ungarn aus der Moldau sich diesen anschließen und auf diese Weise nach Ungarn gelangen könnten. Sollte dies nicht der Fall sein, so könnte die Heeresgruppe Südukraine die Evakuierung der von den Ungarn der Moldau

bewohnten Gebiete anordnen und verfügen, daß diese ihren Weg durch das Széklerland nehmen sollen.

Gesandter Altenburg stellte in Aussicht, die Durchführbarkeit der ungarischen Vorschläge durch den deutschen Gesandten in Rumänien sondieren lassen zu wollen und der ungarischen Regierung in Kürze eine Antwort zu geben.

Budapest, den 21. Juni 1944.